

Ausgabe 16/2016



Interessierte Bürgerinnen und Bürger können den Newsletter im Wahlkreisbüro von Svenja Stadler (siehe Impressum) zum regelmäßigen Bezug per E-Mail bestellen.

Bürgersprechstunde

Die nächste Bürgersprechstunde der Bundestagsabgeordneten Svenja Stadler ist am Mittwoch, 7. Dezember, von 15 bis 17 Uhr im Winsener Wahlkreisbüro, Marktstraße 34. Telefonische Anmeldung unter (0 41 71) 6 92 90 90. Es ist die letzte Sprechstunde in diesem Jahr.

Was wir aus der US-Wahl lernen

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

Amerika hat gewählt – und für viele von uns war das Ergebnis eine böse Überraschung. Welche Auswirkungen wird dieses Wahlergebnis haben? Was bedeutet die Präsidentschaft von Donald Trump für die Welt und für uns in Deutschland?

Klar ist, dass die meisten von uns sich ein anderes Ergebnis gewünscht haben. Klar scheint aber auch, dass derzeit noch niemand abschätzen kann, welchen Donald Trump wir als Präsidenten wirklich erleben werden. Zu unberechenbar und manchmal willkürlich erschien sein Verhalten im Wahlkampf. Wir werden uns auf einen schwierigen Partner einstellen müssen, aber Angst oder Hysterie wären jetzt fehl am Platz.

Eine andere Lehre aus dem Wahlergebnis ist mir wichtiger, eine die direkt auch unsere Gesellschaft betrifft: Trump hat es geschafft, dass Millionen von Amerikanern ihn als Vorkämpfer für ihre Sorgen und Ängste ansehen. Ohne, dass er sich tatsäch-

lich für ihre Interessen einsetzen würde. Als erfolgreicher Vertreter einer neuen autoritären und chauvinistischen Internationalen, ist er eine Warnung an uns.

Wir finden diese autoritäre Internationale des Populismus nicht nur in Russland, der Türkei, oder in Frankreich mit Le Pen, sondern mit der AfD auch bei uns in Deutschland. Wir müssen uns auf die Auseinandersetzung mit ihnen einstellen.

Das gilt für jeden, der an die Demokratie und an gleiche Rechte für alle glaubt. Jeden, der die gesellschaftlichen Fortschritte der letzten Jahrzehnte nicht einfach über Bord werfen will. Von dem Ergebnis dürfen wir uns nicht verunsichern lassen, stattdessen müssen wir Haltung zeigen und uns gegen alle populistischen Tendenzen zur Wehr setzen. Lassen Sie uns gemeinsam dafür eintreten, dass die liberale Demokratie und ihre Errungenschaften erhalten bleiben.

Ihre

Was ist eigentlich – die Bundesversammlung?

Die Bundesversammlung ist ein nichtständiges Verfassungsorgan, dessen einzige Aufgabe die Wahl des Bundespräsidenten ist. Sie tritt alle fünf Jahre im Berliner Reichstag zusammen – das nächste Mal wenn am 12. Februar 2017 der Nachfolger von Joachim Gauck gewählt wird. Die Bundesversammlung besteht aus allen 630 Bundestagsabgeordneten und ebenso vie-

len Vertretern aus den Ländern. Wie viele Personen jedes Bundesland entsendet, wird nach einem festgelegten Schlüssel berechnet, der sich an der Einwohnerzahl orientiert. Niedersachsen schickt dieses Mal 63 Landesvertreter. Ein Kandidat benötigt in den ersten beiden Wahlgängen die absolute Mehrheit von 631 Stimmen, um gewählt zu werden. Die SPD hat

bereits vor einiger Zeit den derzeitigen Außenminister Frank-Walter Steinmeier als ihren Kandidaten vorgeschlagen. Nach langem Zögern hat jetzt auch die Union erklärt, Steinmeier als Kandidaten zu unterstützen. Da beide Parteien zusammen eine deutliche Mehrheit in der Bundesversammlung haben, gilt Steinmeiers Wahl im Februar als äußerst sicher.

Der Forschungsreisende Hubertus Heil

Bereits zum zweiten Mal war jetzt Hubertus Heil, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und hier zuständig für die Bereiche Wirtschaft, Energie, Bildung und Forschung zu Besuch im Landkreis Harburg. Während bei seinem ersten Besuch 2015 noch das Freihandelsabkommen TTIP Anlass seines Besuchs war, ging es dieses Mal um die Bereiche Bildung und Forschung. Auf Einladung von Svenja Stadler besuchten die Bundestagsabgeordneten zunächst mit Benjamin Qualmann, Ortsvereinsvorsitzender der Winsener SPD, das Unternehmen Dr. Loges. Hier arbeiten mehr als 100 An-



Heil und Stadler bei Dr. Loges in Winsen mit Loges-Geschäftsführer Dr. Andreas Biller (r.) und Benjamin Qualmann vom SPD-Ortsverein.



Gudrun Eschment-Reichert (SPD Buchholz), Imke Winzer, Geschäftsführerin der Zukunftswerkstatt, Stadler, Heil (v. l.) und Prof. Dr. Wolfgang Bauhofer (sitzend) staunen über das Experiment der Schüler.

gestellte daran, Phytopharmaka, homöopathische Arzneien und Vitalstoffpräparate zu entwickeln. Die Präparate entstammen dabei entwe-

der dem Pflanzenreich oder sind Naturstoffe und werden für die Vorbeugung und Genesung unterschiedlichster Beschwerden eingesetzt. Welche Produkte bereits entwickelt wurden und wobei diese Ihnen helfen können, erfahren Sie [hier](#). Anschließend führen die Abgeordneten nach Buchholz in die Zukunftswerkstatt. Hier be-

grüßte Geschäftsführerin Imke Winzer die Abgeordneten und Gudrun Eschment-Reichert von der Buchholzer SPD zu einem gemeinsamen Gespräch und anschließendem Rundgang durch das Gebäude. Heil zeigte sich beeindruckt von den hier geschaffenen Möglichkeiten und Strukturen: „Mit welchen Ansätzen den Schülerinnen und Schülern die MINT-Fächer hier nähergebracht werden sind wirklich richtig klasse. So etwas brauchen wir in meinem Wahlkreis auch!“, so Heil.

Mehr Informationen zur Zukunftswerkstatt finden Sie [hier](#).

Was ein Wirtschaftspolitiker zum Frackinggesetz sagt

Im Sommer hat die Bundesregierung, so Bundesumweltministerin Barbara Hendricks, eines der strengsten Fracking-Gesetze der Welt beschlossen. „Unkonventionelle Fracking-Vorhaben sind in Deutschland damit bis auf weiteres nicht zulässig“, hieß es in einer Stellungnahme Hendricks. Die Lösungen hinsichtlich des Umwelt- und Gesundheitsschutzes seien in dem Gesetz sogar noch einmal deutlich hervorgehoben worden.“ Die Fracking-Gegner sind da zum Teil anderer Ansicht. Grund genug für Svenja Stadler, das Thema einmal aus einem anderen Blickwinkel betrachten zu lassen, und zwar von Bundestags-

kollege Bernd Westphal, Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie. Westphal kommt am Montag, 5. Dezember 2016, um 19 Uhr in den Fleester Hoff nach Fleestedt. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.



Der SPD-Bundestagsabgeordnete Bernd Westphal bezieht zum Thema Fracking Stellung.

FRACKING BEI UNS?

5. 12. 2016, 19 UHR
FLEESTER HOFF,
SEEVETAL

Auf Einladung von
SVENJA STADLER, MdB

mit

BERND WESTPHAL, MdB

Sprecher der AG Wirtschaft
und Energie

Ein Einwanderungsgesetz für Deutschland

Die SPD-Bundestagsfraktion hat jetzt ein detailliertes Konzept für ein Einwanderungsgesetz vorgelegt, dass die Einwanderung qualifizierter Fachkräfte aus Nicht-EU-Staaten steuern soll. Denn auch im nächsten Jahrzehnt wird Deutschland massiv von den Auswirkungen des demografischen Wandels betroffen sein. Die alternde Bevölkerung stellt die deutsche Wirtschaft, die Sozial-, Gesundheits- und Rentensysteme vor große Herausforderungen. Vorrangiges Ziel des Gesetzes ist es deshalb, die hier lebenden Arbeitskräfte besser zu mobilisieren, beispielsweise durch die Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit, die Qualifizierung von Menschen ohne Berufsausbildung und durch Aus- und Weiterbildung. Darüber hinaus sollen bereits hier lebende

Migranten, besser in den Arbeitsmarkt integriert werden. Doch klar ist: Alle diese Bemühungen werden nicht ausreichen. Deutschland ist daher auf die Einwanderung qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen.

Deutschland seiner humanitären Verpflichtung nach. Während der Schutz vor Verfolgung selbstverständlich ist und bleiben muss, können wir die Einwanderung von Arbeitskräften steuern. Ein transparentes Einwanderungsgesetz ist daher

notwendiger denn je. Die SPD-Fraktion steht hinter den Menschen, die unser Land und unsere Gesellschaft seit Jahrzehnten bereichern. Sie stehen für ein offenes, tolerantes Deutschland. Statt zu fragen, woher jemand kommt, sollten wir fragen, was er oder sie zu unserer Gesellschaft



Der Entwurf für ein Einwanderungsgesetz und ein kurzer Film, in dem die wichtigsten Aspekte vorgestellt werden, sind unter diesem Link zu finden: spdfraktion.de/einwanderungsgesetz

Die Regelungen zum Asylrecht bleiben vom Vorschlag eines Einwanderungsgesetzes unberührt: Politisch Verfolgte haben auch weiterhin einen Anspruch auf ein Asylverfahren. Mit ihrer Aufnahme kommt

beitragen kann. Diese Haltung war maßgebend bei der Vorlage unseres modernen und transparenten Einwanderungsgesetzes. Ziel ist es, das Gesetz noch vor der Bundestagswahl 2017 zu verabschieden.

Civil Academy - Coaching für junge Engagierte

Die Civil Academy vergibt erneut 24 Stipendienplätze für junge „Change-Maker“. Bewerben können sich junge Menschen zwischen 18 und 29 Jahren, die eine Engagement-Idee haben und diese in die Tat umsetzen wollen. Die Civil Academy ist ein kostenfreies Fortbildungsprogramm, das allen Interessierten ohne besondere Vorkenntnisse offen steht. Die Teilnehmenden profitieren an drei Wochenenden vom umfangreichen Wissen erfahrener Trainer in den Bereichen Projektmanagement, Finanzierung, Fundraising, Teamführung und Öffentlichkeitsarbeit. Zeit zum Arbeiten am eigenen Projekt, Räume zur Vernetzung untereinander und Diskussionen bleibt ebenfalls.



Mehr als 550 junge Menschen haben in den vergangenen Jahren die Civil Academy besucht. Viele von ihnen konnten erfolgreich Vereine gründen, Projekte starten und Sponsoren finden. Getragen wird das Programm gemeinsam von BP Europa SE und dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE). „Bei der Civil Academy ist jede gute Idee herzlich

willkommen, egal, ob sie im unmittelbaren Umfeld oder am anderen Ende der Welt umgesetzt werden soll. Egal, ob es um die Unterstützung von Frauen in Afghanistan oder eine Willkommensgeste für Flüchtlinge in Deutschland geht. Genau an solchen professionellen Unterstützungsangeboten für bürgerschaftliches Engagement fehlt es meiner Meinung nach noch viel zu oft“, so Svenja Stadler. „Ich rufe daher alle Interessierten zur Teilnahme auf und würde mich freuen, wenn einer der Plätze in den Landkreis Harburg gehen würde.“ Alle weiteren Informationen gibt es auf www.civil-academy.de. Die Teilnahme ist kostenlos und die Bewerbungsfrist läuft noch bis zum 6.12.

Mit den Bürgern im Dialog bleiben

Ein fester und regelmäßiger Bestandteil von Svenja Stadlers Wirken im Wahlkreis sind die „Stadler im Gespräch“-Termine. Seit Beginn ihrer Abgeordnetentätigkeit bietet sie in Zusammenarbeit mit den zwölf Ortsvereinen im Landkreis Harburg diese Form des Bürgerdialogs an. Beim jüngsten Termin in Marschacht nutzten rund 30 Gäste die Chance, mit der Bundespolitikerin über aktuelle

Themen zu diskutieren. „Es geht dabei verständlicherweise auch oft um lokale Themen, die aber durchaus von bundespolitischer Relevanz sein können“, so Stadler.

In Marschacht war die Bandbreite der durchs Publikum eingebrachten Diskussionswünsche groß. Von der internationalen Politik, vor allem mit Blick auf die USA, ging es über die Krise der sogenannten etablierten

Politik und der AfD-Präsenz bis hin zur Atommüllentsorgung, zum Bundesteilhabegesetz und zur Flüchtlingspolitik. Viel Raum nahm auch die aktuelle Verkehrssituation in der Elbmarsch ein, die den Pendlern nach und von Hamburg sehr zu schaffen macht. „Das ist dann zum Beispiel einer der Punkte, die ich gerne in Berlin bei den entsprechenden Fachkollegen platziere“, sagt Stadler.



Beim vorletzten „Stadler im Gespräch“-Termin des Jahres kamen gut 30 Gäste in den Marschacher Hof in der Elbmarsch, um mit der Abgeordneten zu diskutieren.

„Stadler im Gespräch“ in Neu Wulmstorf

Der Neu Wulmstorf Bürgerdialog der Bundestagsabgeordneten findet in diesem Jahr am Mittwoch, 7. Dezember, im Gemeindehaus II der Lutherkirche, Wilhelm-Busch-Straße 18, statt. Ab 19.30 Uhr erwartet Svenja Stadler interessierte Gäste mit guten Diskussthemem.

Aufgeschnappt

„Höher kann er ja
nun nicht mehr.“

Ursula Steinmeier (87),
Mutter von Frank-Walter Steinmeier; zu dessen
künftiger Rolle als deutscher Bundespräsident

Impressum

Svenja Stadler, MdB
Marktstraße 34
21423 Winsen
Tel.: (0 41 71) 6 92 90 90
Fax: (0 41 71) 6 92 90 99
Email: svenja.stadler@bundestag.de



Redaktion

Berliner Büro:
M. Delius/S. Tobiasen/
A. Knobloch-Minlend
Wahlkreisbüro:
F. Augustin/A. Wolter-Deibele/
L. Ritz

Tempo 70 am Wildpark wäre besser

Auf der Straße, die auf den Parkplatz des Wildparks Lüneburger Heide in Hanstedt OT Nindorf führt, sind 100 Stundenkilometer erlaubt. Zu gefährlich, finden die Betreiber des Wildparks – vor allem, weil hier reger Ein- und Ausfahrtsverkehr der an- und abfahrenden Besucher herrscht. Sie wünschen sich daher im Sinne größerer Sicherheit ein Tempolimit 70. Bei einem Vor-Ort-Termin in Nindorf überzeugten sich Svenja Stadler und Parteikollegin Andrea Schröder-Ehlers (MdB) von der Situation. „Ich will gucken, was man tun kann“, so



Svenja Stadler mit (v. r.): Elisabeth Brückmann vom OV Hanstedt, Andrea Schröder-Ehlers, MdB, Norbert Tietz, Katrin Patscheck und Alexander Tietz (Wildpark-Geschäftsführung).

Stadler. „So wie ich das sehe, ist das aber eine Sache, die wir auf Kreisebene angehen müssen.“